

LOHNDUMPING BEI DER POST STOPPEN!

Sie haben heute keine Post bekommen? Bedanken Sie sich beim Chef der Deutschen Post AG. Es ist ein Skandal, wie der weltgrößte Logistikkonzern mit seinen Beschäftigten umgeht. Während immer höhere Gewinne an die Aktionäre ausgeschüttet werden, werden die Löhne zusammengestrichen. Tarifverträge werden gebrochen und immer mehr Arbeitsverträge befristet, weil befristet Beschäftigte erpressbarer sind. Ziel der Post AG ist es, zigtausende Beschäftigte in neue Tochterunternehmen auszugliedern, in denen sie bis zu 20 Prozent weniger verdienen. Tausende Beschäftigte stehen vor der Wahl: Entweder happige Lohnkürzungen oder bald arbeitslos – friss oder stirb!

Dieses erpresserische Lohndumping darf nicht hingenommen werden. Deshalb streiken nun die Beschäftigten bei der Post. Doch das Management setzt Beamte und Hilfsarbeiter als Streikbrecher ein.

Als größte Einzelaktionärin muss die Bundesregierung verhindern, dass die Post AG zur Vorreiterin in Sachen Lohndumping und Streikbruch wird. DIE LINKE fordert:

- hohe Strafen für Unternehmen, die Streikbrecher einsetzen;
- ein Veto-Recht für Betriebsräte gegen Outsourcing;
- die Abschaffung sachgrundlos befristeter Arbeitsverträge sowie
- die Rücknahme der Privatisierung der Deutschen Post AG.



www.linksfraktion.de

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Stand: 01.06.2015. Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.
V.i.S.d.P. Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch, Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

LOHNDUMPING BEI DER POST STOPPEN!

Sie haben heute keine Post bekommen? Bedanken Sie sich beim Chef der Deutschen Post AG. Es ist ein Skandal, wie der weltgrößte Logistikkonzern mit seinen Beschäftigten umgeht. Während immer höhere Gewinne an die Aktionäre ausgeschüttet werden, werden die Löhne zusammengestrichen. Tarifverträge werden gebrochen und immer mehr Arbeitsverträge befristet, weil befristet Beschäftigte erpressbarer sind. Ziel der Post AG ist es, zigtausende Beschäftigte in neue Tochterunternehmen auszugliedern, in denen sie bis zu 20 Prozent weniger verdienen. Tausende Beschäftigte stehen vor der Wahl: Entweder happige Lohnkürzungen oder bald arbeitslos – friss oder stirb!

Dieses erpresserische Lohndumping darf nicht hingenommen werden. Deshalb streiken nun die Beschäftigten bei der Post. Doch das Management setzt Beamte und Hilfsarbeiter als Streikbrecher ein.

Als größte Einzelaktionärin muss die Bundesregierung verhindern, dass die Post AG zur Vorreiterin in Sachen Lohndumping und Streikbruch wird. DIE LINKE fordert:

- hohe Strafen für Unternehmen, die Streikbrecher einsetzen;
- ein Veto-Recht für Betriebsräte gegen Outsourcing;
- die Abschaffung sachgrundlos befristeter Arbeitsverträge sowie
- die Rücknahme der Privatisierung der Deutschen Post AG.



www.linksfraktion.de

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Stand: 01.06.2015. Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.
V.i.S.d.P. Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch, Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin